

Eingang:

P 5

13.05.2023

**Etat-Antrag
der CDU-Fraktion
zum Produkthaushalt 2023**

Diskriminierung stoppen - Neue Stellen für die Ausländerbehörde

Ergebnishaushalt

Produktbereich:	11	Ordnung und Sicherheit
Produktgruppe:	11.04	Ordnung und Sicherheit

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, zwölf neue Stellen in der Ausländerbehörde zu schaffen. Zum teilweisen Ausgleich werden sechs Stellen aus der Stellenreserve zur Ausländerbehörde verlagert. Für die weiteren 6 neuen Stellen werden im Haushalt

360.000 €

bereitgestellt.

Sofern die Mittelverwendung nicht vollständig im Haushaltsjahr 2023 erfolgt, ist ein Budgetübertrag möglich. Eine Verwendung der Mittel für andere Zwecke ist nicht zulässig. Über die Ausführung dieses Beschlusses ist der Stadtverordnetenversammlung binnen sechs Monaten zu berichten.

Begründung

Wie zahlreichen Presseberichten zu entnehmen ist, gibt es in der Ausländerbehörde einen erheblichen Bearbeitungsstau. Anfang des Jahres waren über 15.000 E-Mails unbeantwortet geblieben. Derzeit sind es laut Frankfurter Neue Presse vom 4. Mai 2023 immer noch über 10.000 unbeantwortete E-Mails. Dies wirkt sich erheblich auf die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse vieler Ausländer aus und weckt bei nicht wenigen das Gefühl diskriminiert zu werden. Für die Wirtschaft ist es eine enorme Belastung, da trotz des großen Fachkräftemangels in vielen Bereichen gut qualifizierte Ausländer nicht eingesetzt werden können.



Um Herr der Lage zu werden, braucht es mehr Stellen und Personal in der Ausländerbehörde. Zwölf neue Stellen können zur Entspannung und zum Abbau der Rückstände beitragen.

Dr. Nils Köbler
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerinnen und Antragsteller:

Stv. Dr. Albrecht Kochsiek
Stv. Kevin Bornath
Stv. Verena David
Stv. Martin-Benedikt Schäfer
Stv. Dr. Sascha Vogel